

Kanton Freiburg: Bericht für eine umfassende Familienpolitik

Bsu / Die Kantonale Kommission für eine umfassende Familienpolitik des Kantons Freiburg hat im Auftrag der Regierung einen Bericht zur Familienpolitik ausgearbeitet. Sie legt damit eine umfassende Bestandesaufnahme vor und empfiehlt verschiedene Massnahmen, wobei drei Bereiche prioritär sind: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Soziale Sicherheit sowie die Schaffung eines Familienamtes und eines «Familienschalters». Die Kantonsregierung hat den Bericht im Oktober 2004 an einer Tagung zu Familienpolitik und Gleichstellung vorgestellt. Die Umsetzung hängt nun von politischen Entscheidungen ab.

Im Dezember 2001 setzte der Staatsrat des Kantons Freiburg eine kantonale Kommission für eine umfassende Familienpolitik (KKUF) ein. Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern mehrerer Direktionen und verschiedenen an Familienpolitik interessierten Kreisen und wird vom Büro für die Gleichstellung und für Familienfragen präsidiert. Ihr Auftrag bestand darin, ein umfassendes Konzept zur Unterstützung von Familien auszuarbeiten. Dieses sollte auf bereits existierenden Massnahmen aufbauen und konkrete Vorschläge zur Anpassung oder Schaffung von Massnahmen in folgenden Bereichen unterbreiten:

- Familienzulagen
- Spezifische Zulagen
- Mutterschaftsschutz
- Besteuerung
- Familien- und schulergänzende Kinderbetreuungsstrukturen
- Unterstützung von Familien in schwierigen finanziellen Situationen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Stipendien
- Information

Mit dem Bericht liegt nun einerseits eine umfassende Bestandesaufnahme der bestehenden Aktivitäten und Einrichtungen vor.

Zudem beinhaltet er zahlreiche Vorschläge, welche die Kommission als notwendig erachtet, um die Situation der Familien zu verbessern.

Angesichts der Fülle der behandelten

Themen legte die Kommission Prioritäten fest:

- Die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** stellt den ersten Schwerpunktbereich dar. Unter anderem soll

das Gesetz über die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter dahingehend geändert werden, dass die Finanzierung dieses Angebotes gerechter zwischen Familien, Gemeinden und Kanton harmonisiert wird. Es soll zusätzlich die schulergänzende Kinderbetreuung regeln.

- Die **Soziale Sicherheit** ist der zweite wichtige Bereich. Unter anderem soll mit der Einführung von Ergänzungsleistungen für finanziell schwache Familien verhindert werden, dass manche Eltern den Entscheid, Kinder zu haben, mit finanziellen Schwierigkeiten bezahlen.

- Die **Schaffung eines Familienamtes sowie einer Informations-, Präventions- und Beratungsstruktur** stellen den dritten wichtigen Pfeiler einer umfassenden Familienpolitik dar. Unter anderem wird vorgeschlagen, einen «Familienschalter» aufzubauen, der in einer noch zu bestimmenden Form (u.a. über eine Website) den Familien Zugang zu Informationen verschafft.

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind Empfehlungen der KKUF. Ihre Umsetzung hängt nun davon ab, ob sie von den Politikerinnen und Politikern aufgenommen werden. Wie die beiden Co-Leiterinnen des Büros für die Gleichstellung und für Familienfragen, Geneviève Beaud Spang und Regula Kuhn Hammer erklären, werden nun ein Steuerungsorgan mit drei Mitgliedern des Staatsrats sowie ein Projektausschuss das weitere Vorgehen planen.

Bibliographische Angaben und Bestelladresse:

Kantonale Kommission für eine umfassende Familienpolitik (Hg.). Bericht zu einer umfassenden Familienpolitik im Kanton Freiburg.

Freiburg 2004

Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann
und für Familienfragen

Chorherrengasse 17, Postfach

1701 Freiburg

Tel. 026 305 23 85, Fax 026 305 23 87

bef@fr.ch

Preis: gratis

Quelle/Herausgeber: Zentralstelle für Familienfragen (ZSFF), Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) www.bsv.admin.ch

Fragen

Kanton Freiburg : Was ist das ?

Suche im Internet Informationen über die Struktur der Schweiz. Wieviele Kantone gibt es und welche politische Rolle spielen sie? (www.schweiz-in-sicht.ch)

Wie setzt sich der Staatsrat Freiburg zusammen?

Welche Schwerpunkte werden von dem Staatsrat vorgelegt und welche Forderungen sind damit verbunden?

Von wem wird die weitere Behandlung der Vorschläge abhängen?

Welche Entscheidungen werden im Rahmen der Kantone und Gemeinden und welche im Rahmen des Staates getroffen?

Welche Vorteile, bzw. Nachteile hat eine solche Struktur?